

Deutschland-Karlsruhe: Fernwärme

OJ S 118/2023 21/06/2023

Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Lieferungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH

Postanschrift: Daxlander Str. 72

Ort: Karlsruhe

NUTS-Code: DE122 Karlsruhe, Stadtkreis

Postleitzahl: 76185

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Dariane Dank-Tanne

E-Mail: dariane.tanne@stadtwerke-karlsruhe.de

Telefon: +49 721/599-1923

Fax: +49 721/599-1919

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.Netzservice-swka.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E98589479>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.6. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Wärme

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

RV über die Lieferung von FW-Material und zugehöriger Planungsleistung

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

09323000 Fernwärme

II.1.3. Art des Auftrags

Lieferauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Lieferung von Fernwärmerohren und –formteilen in verschiedenen Nennweiten aus Kunststoffmantelverbundrohr (KMR) in der Dämmserie 2 gemäß DIN EN 253 sowie Zubehör inkl. zugehöriger Planungsleistungen für den Bau von FW-(Verteiler)leitungen für die Jahre 2024 und 2025, Optionsjahr 2026.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE122 Karlsruhe, Stadtkreis

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Lieferung von Fernwärmerohren und –formteilen in verschiedenen Nennweiten aus Kunststoffmantelverbundrohr (KMR) in der Dämmserie 2 gemäß DIN EN 253 sowie Zubehör inkl. zugehöriger Planungsleistungen für den Bau von FW-(Verteiler)leitungen für die Jahre 2024 und 2025, Optionsjahr 2026.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Kostenkriterium - Name: Kosten (Wertungssumme "Preis" zzgl. "Wärmeverlust") / Gewichtung: 90 %

Kostenkriterium - Name: Vertragsbedingungen / Gewichtung: 10 %

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Verlängerungsoption für ein weiteres Jahr (2026).

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 2

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Angaben zum Bewerber/ den Unternehmen der Bewerbergemeinschaft (Name, Rechtsform, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail Adresse, Ansprechpartner), zu den geschäftsführenden Personen und - im Falle der Bewerbergemeinschaft - Erklärung zur Vertretungsberechtigung der Bewerbergemeinschaft und zur gesamtschuldnerischen Haftung sowie zur Handlungsberechtigung des bevollmächtigten Vertreters;
2. Nachweis der Vertretungsmacht desjenigen, der den Bewerber vertritt (z.B. durch Kopie des Handelsregistrauszuges oder durch Vollmacht der Partner einer Gesellschaft jeweils nicht älter als drei Monate);
3. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und nach § 123 Abs. 4 GWB für den Bewerber und sämtliche für die Leitung des Unternehmens verantwortliche Personen;
4. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB 5. Eigenerklärung über das Vorliegen von Einträgen in das Gewerbezentralregister für den Bewerber oder die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sowie die jeweils geschäftsführenden natürlichen Personen
6. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs.1 Satz 1 oder 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz nicht vorliegen;
7. Eigenerklärung, dass der Bewerber in Bezug auf dieses Verfahren keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen hat oder treffen wird oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt hat oder handeln wird;
8. Verpflichtungserklärung nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg, die vom Arbeitnehmerentsendegesetz erfasst werden auf dem Muster Vordruck der Regierungspräsidien Baden-Württemberg Der AG behält sich vor, vor Beauftragung geeignete Nachweise der Eignungskriterien anzufordern, über die eine Eigenerklärung abgegeben wird. Die Erklärungen und Nachweise sind entsprechend von den Bewerbern beizubringen; es werden für den Teilnahmewettbewerb keine Formblätter oder weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt.
9. Verpflichtungserklärungen (Erklärung zur Eignungslieferung) anderer Unternehmen und ggf. deren Nachunternehmer, soweit sich ein Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder der technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens oder dessen Nachunternehmer beruft. Die anderen Unternehmen oder deren

Nachunternehmer müssen sich entsprechend der vorgenannten Ziffern 1 bis 6 auch zu ihrer persönlichen Lage erklären.

Die Erklärungen und Nachweise sind entsprechend von den Bewerbern beizubringen; es werden für den

Teilnahmewettbewerb keine Formblätter oder weitere Unterlagen durch die SWKA vorgehalten.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Umsatz (netto) des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit Leistungen, die mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind, jeweils bezogen und konkret aufgeteilt auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft gilt für den Auftrag nur als geeignet, wenn der durchschnittliche jährliche Umsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren

jeweils mindestens die doppelte Höhe der Angebotssumme erreichte.

2. Vorlage einer Deckungszusage einer für den Beauftragungsfall bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung,

aus welcher jeweils für den einzelnen Versicherungsfall eine Deckungssumme von mind. 5.000.000 EUR für

Sachschäden und mind. 2.000.000 EUR für Umweltschäden und mindestens das Zweifache dieser Summen als

jährlichen Maximaldeckungsgrenzen für eine Summe von Versicherungsfällen hervorgeht.

3. Vorlage einer Bank- oder Bonitätsauskunft, aus der hervor geht, dass der Bieter für die Durchführung des

Auftrags im vorgesehenen Zeitraum eine ausreichende Bonität aufweist.

4. Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen und ggf. deren Nachunternehmer, soweit sich ein Bewerber

oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder der

technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens oder

dessen Nachunternehmer beruft. Die anderen Unternehmen oder deren Nachunternehmer müssen sich entsprechend der vorgenannten Ziffern 1 bis 3 auch zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit erklären.

Der AG behält sich vor, vor Beauftragung geeignete Nachweise der Eignungskriterien anzufordern, über die eine Eigenerklärung abgegeben wird. Die Erklärungen und Nachweise sind entsprechend von den Bewerbern beizubringen; es werden für den Teilnahmewettbewerb keine Formblätter oder weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Ausstellungszeitpunkt sämtlicher Erklärungen und Nachweise darf zum Zeitpunkt der Vorlage nicht länger

als drei (3) Monate verstrichen sein.

Die Mindeststandards sind in der Aufzählung oben ausdrücklich genannt. Soweit sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft für den Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten andere Unternehmen beruft, wird dies nur gewertet, wenn dieses andere

Unternehmen oder deren Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung entsprechend Ziff. III.1.1) 7. abgibt und durch Vorlage der Nachweise nach Ziffer III.1.2) 1. und 2. seine eigene wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nachweist. Die Mindeststandards sind in den Anforderungen an die Eignungsnachweise unter Ziffer 1 bis 3 ausdrücklich genannt.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. In Anlehnung an das Arbeitsblatt FW 401 wird vom Auftraggeber Sand in den Dehnungsbereichen eingesetzt, um die thermisch verursachten Dehnungen der KMR aufzunehmen. Dieses sogenannte „Sandkissen“ sind nach Vorgabe der Ausführungsplanung einzubringen und dürfen nicht durch herkömmliche Dehnpolster aus PU-Schaum ersetzt werden. Die angebotenen Komponenten müssen für diese Verlegeweise geeignet sein. Dies ist durch die zu erbringenden materialspezifischen Planungsleistungen zu bestätigen.; 2. Vorlage der unten geforderten Referenzen unter jeweiliger Nennung der folgenden Angaben: Vorlage zweier Referenzen mit vergleichbarem Leistungsumfang für die Materiallieferung und Planung (DN 25 bis DN 250, mindestens 9.000 m Trasse zzgl. Zubehör, Auftragsvolumen von ca. 1.000.000 €) aus dem Zeitraum 2020 bis 2023 vorgelegt werden. Die Referenzen müssen jeweils die folgenden Angaben beinhalten:

- Name des Referenzgebers (z.B. Bewerber, Mitglied der Bewerbergemeinschaft, Nachunternehmer)
 - Name des Auftraggebers und Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer); mit der Nennung eines Ansprechpartners stimmt der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft der Kontaktaufnahme durch die Stadtwerke Karlsruhe zu
 - Bezeichnung des Referenzprojektes
 - Beschreibung der Leistungen/Rolle des Referenzgebers
 - Inhalt und Umfang der erbrachten Leistung
 - Höhe des Auftragsvolumens der erbrachten Leistungen für das Referenzobjekt in EUR netto
 - Gesamtkosten des Projektes
 - Aktualität der Referenz (Leistungszeitraum, Projektdauer)
 - Art des Auftraggebers (öffentliche Hand / gemischtwirtschaftliches Unternehmen / privates Unternehmen)
 - Referenzschreiben des Auftraggebers, soweit vorhanden
 - Erläuterung, weshalb das Referenzprojekt nach Ansicht des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft für die ausgeschriebenen Leistungen bedeutend ist
- Werden von dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft mehr als 2 Referenzen eingereicht, werden nur die jeweils ersten 2 wertungsfähigen Referenzen (entsprechend der Reihenfolge im Original des Angebotes) berücksichtigt.; 3. Mit den Angebotsunterlagen ist ein Konzept vorzulegen aus dem nachvollziehbar hervorgeht, wie eine hohe Qualität bei der Auftragsabwicklung sichergestellt werden soll. Hierzu gehören insbesondere die Darstellung des Arbeitsablaufes vom Bestelleingang bis zur Auslieferung des Materials, die Beschreibung zur Sicherstellung kurzer Reaktionszeiten (bis zu fünf Arbeitstage) bei fehler- oder mangelhaften Lieferungen, die Beschreibung der Sicherstellung kurzer Reaktionszeiten bei notwendigen Abweichungen gegenüber der Ursprungsplanung sowie die Beschreibung zur Sicherstellung einer gleichbleibend hohen Produktqualität. Seitens des AG ist hierbei insbesondere die kontinuierliche Schaumprüfung von Interesse. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass die Produkte regelmäßig durch externe Prüfer geprüft werden und ein

Qualitätsmanagementsystem gem. ISO 9001:2015 vorhanden ist und umgesetzt wird. Bzgl. der Planungsleistungen muss das Angebot die folgenden Informationen beinhalten:

- Ansprechpartner und dessen Stellvertreter
- grundsätzliche Bearbeitungszeiten
- Reaktionszeiten, insbesondere bei notwendigen Umplanungen während der Bauphase und für Vor-Ort-Termine
- Nachweis einer Planungshaftpflichtversicherung; 4. Ergänzend ist eine Übersicht über die jahresdurchschnittliche personelle Ausstattung in den vergangenen drei Geschäftsjahren, gegliedert nach Berufsgruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal und getrennt nach den einzelnen relevanten Leistungsbereichen vorzulegen.

Ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft gilt nur dann als geeignet, wenn er in den letzten drei Geschäftsjahren jeweils durchschnittlich 30 fest angestellte Mitarbeiter beschäftigt hat.; 5. Zusätzlich ist eine Dokumentation einzureichen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft über eine ausreichende technische Ausstattung verfügt, um den Auftrag zu bearbeiten.

Soweit sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft für den Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten (technische Ausstattung, das Personal oder die Referenzen) eines anderen Unternehmens oder dessen Nachunternehmer beruft, wird dieses nur gewertet, wenn das andere Unternehmen oder der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung (Erklärung zur Eignungsleihe) abgibt.; 6. Bewerber muss über Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheits- und Arbeitssicherheitsmanagement verfügen.

Soweit sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft für den Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten (technische Ausstattung, das Personal oder die Referenzen) eines anderen Unternehmens oder dessen Nachunternehmer beruft, wird dieses nur gewertet, wenn das andere Unternehmen oder der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung gem. Ziff. III.2.1) 7. abgibt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Ausstellungszeitpunkt sämtlicher Erklärungen und Nachweise darf zum Zeitpunkt der Vorlage nicht länger

als drei (3) Monate verstrichen sein.

Die Mindeststandards sind in der Aufzählung oben ausdrücklich genannt.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern
Geplante Höchstanzahl an Beteiligten an der Rahmenvereinbarung: 2

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/07/2023 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 25/07/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15/01/2024

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: ja

Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

2025

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung gemäß § 15 SektVO

durchgeführt. Die für den Teilnahmewettbewerb vorgesehenen Informationen sind in dieser Bekanntmachung

enthalten, soweit ergänzende Unterlagen (Formblätter) zur Verfügung gestellt werden, können diese unter der

URL www.subreport.de/E98589479 abgerufen werden.

2. Teilnahmeanträge sind elektronisch über die URL www.subreport.de/E98589479 abzugeben.

3. Die SWK wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge summarisch auf Vollständigkeit prüfen.

Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig sind, kann die SWK nach eigenem Ermessen

die betreffenden Bieter auffordern, entsprechende Unterlagen innerhalb einer kurzen, für alle Bewerber/

Bewerbergemeinschaften einheitlichen Frist nachzureichen (fristwährend auch per Fax oder E-Mail). Dieses

Recht zur Nachforderung von Unterlagen begründet keine Verantwortung der SWK für die Vollständigkeit der

Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind

ausgeschlossen. Jeder Bewerber/jede Bewerbergemeinschaft bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die

Vollständigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

4. Die SWK behält sich vor, bei Unterschreitung der Mindestzahl von vier zulassungsfähigen Bewerbungen oder

Angeboten, das vorliegende Vergabeverfahren einzustellen. Das Recht zur vorzeitigen Einstellung analog § 57

SektVO bleibt unberührt.

5. Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich per E-Mail oder unter Nutzung der Kommunikationsplattform gemäß I.3 dieser Bekanntmachung unter Angabe des Aktenzeichens an die unter I.1)

genannte Stelle zu erfolgen. Fragen, die für die Teilnahme am Verfahren relevant sind, sind spätestens zehn

Kalendertage vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu stellen.

6. Enthalten die Bekanntmachung oder die Ausschreibungsunterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder

verstoßen diese nach Auffassung der Bewerber gegen geltendes Recht, so haben die Bewerber die

SWK unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der

Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Angebots- oder Bewerbungsfrist

gegenüber der SWKN zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB). Unterbleibt ein solcher Hinweis trotz

Erkennbarkeit, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft aus diesen Aspekten keine Rechte geltend machen.

7. Vertraulichkeit: Die Ausschreibungsunterlagen sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Rahmen

dieser Ausschreibung verwendet werden.

8. Die SWK weist darauf hin, dass der Leistungsgegenstand im Laufe des Vergabeverfahrens angepasst

werden kann. Die SWK behält sich Änderungen am Leistungssoll, insbesondere als Ergebnis der

Verhandlungen, vor. Sämtliche Punkte des Leistungssolls sind Verhandlungsgegenstand; es gibt keine

Anforderung, die nicht Gegenstand von Verhandlungen sein kann.

9. Die SWK behält sich vor den Auftrag ohne weitere Verhandlungen auf Basis des ersten Angebots zu vergeben.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Ort: Karlsruhe

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-4049

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg IHK Region Stuttgart

Ort: Stuttgart

Land: Deutschland

Telefon: +49 7112005-1328

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

16/06/2023